



Gewerkschaft ja! Privilegien nein! 24 Stunden Generalstreik

„Speed kills“ ist das Motto der blau-schwarzen Regierung. Bis jetzt stand der „Speed“ im Vordergrund der Kritik. Die Regierung beschließt in Nacht- und Nebelaktionen, Ruck-Zuck, über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Aber auch der „Kill“ – Aspekt ist nicht zu vergessen. Seit Beginn hat die Regierung ein Ziel vor Augen: Die Organisationen der ArbeitnehmerInnen zu schwächen und zu ent-waffnen. An „Speed“ zugelegt bei diesem Unterfangen haben sie seit dem Bekanntwerden der geplanten Urabstimmung im ÖGB. Die Post-Affäre gibt ihnen neue Nahrung.

STELLUNGNAHME DER SLP – BUNDESLEITUNG

Der Generalangriff der Regierung auf Organisationen und Strukturen der ArbeitnehmerInnen ist umfassend: Senkung der AK-Umlage (damit eine Schwächung der AK), Reduzierung der ArbeitnehmerInnenVertreterInnen in der Sozialversicherung und ihre Zerschlagung, Forderungen nach einem Streikverbot im Öffentlichen Dienst, der Wunsch, Sozialpartnervvertreter aus dem Parlament zu verbannen oder die Forderung, die Finanzgebahrung eines Vereines (des ÖGB) durch den Rechnungshof prüfen zu lassen.

VERTEILTE ROLLEN

FPÖ und ÖVP agieren mit verteilten Rollen. Die FPÖ schlägt wie wild auf die ArbeitnehmerInnenorganisationen ein, ruft entrüstet „Sodom und Gomorra“ und macht Stimmung gegen „die Bonzen“. Die ÖVP gibt sich moderater - wohl auch wegen der Gewerkschafter in den eigenen Reihen. Die FPÖ will die Gewerkschaften ganz beseitigen, die ÖVP will diese „nur“ zahnlos machen. Der Angriff ist von ihrer Seite her absolut notwendig. Die Regierungspolitik geht klar zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und besonders die FPÖ weist nur niedrige Umfragewerte auf. Der Einbruch bei der Konjunktur in Kombination mit dem Ziel eines Null – Defizits lassen nicht nur

keine Spielräume für Lohn- und Gehaltserhöhungen zu, sondern machen weitere Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Masse notwendig.

Die Großdemonstration des ÖGB mit 50.000 TeilnehmerInnen hat der Regierung gezeigt, dass der ÖGB kann, wenn er nur will. Selbst die zahme Urabstimmung des ÖGB ist für die Regierung offensichtlich ein Problem. Also wird scharf geschossen. Der Skandal in der Postgewerkschaft kommt da gerade recht.

NEIN ZU PRIVILEGIEN

Das sich Dörfler & Co ein fürstliches Salär besorgen ist mehr als eine schiefe Optik - es ist eine Verhöhnung der tausenden Postbeschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Ob sie direkt „gekauft“ wurden oder die Erhöhungen schon lange geplant waren, ist unerheblich. Tatsache ist, dass sie keinen Finger gegen die Pläne des Managements und für die KollegInnen gerührt haben, sich dafür selbst die Taschen füllen wollen. Wenn hier von Postbeschäftigten der Ruf nach einem Ausschluss von Dörfler & Co laut wird, ist das insbesondere aufgrund der individuellen Betroffenheit nachvollziehbar. Für solche „Privilegienritter“, die sich noch dazu wie ein Teil des Managements verhalten, kann in der Gewerkschaft kein Platz sein. Das sich aber die FPÖ wie-

der einmal als Partei des „kleinen Mannes“ aufzuspielen versucht ist lächerlich. Eine Partei der Millionäre und Multimillionäre, deren Funktionäre Spitzenbezüge kassieren und in der ein Skandal den anderen jagt, sollte zu den Themen „Transparenz“ und „Sauberekeit“ lieber schweigen. Eine Unternehmerpartei wie die FPÖ, die „die Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses“ fordert und die Interessen der ArbeitnehmerInnen mit Füßen tritt hat kein Recht hier irgendwelche Forderungen aufzustellen.

Ein Ausschluss Dörflers ändert an der Struktur von Privilegien im ÖGB allerdings gar nichts. Durch die Jahrzehnte der Sozialpartnerschaft wurde ein System geschaffen, in dem es scheinbar normal ist, wenn GewerkschaftsfunktionärInnen zehntausende Schilling verdienen bzw. mit Mehrfachfunktionen auf bis fast 200.000 brutto pro Monat kommen. Die Tragik beim Fall Dörfler – dem Besten, was der Regierung zur Zeit passieren konnte – ist, dass es sich nicht um einen „Betriebsunfall“ handelt. Im System der Sozialpartnerschaft und der Verwobenheit zwischen Gewerkschaft und Staat, und im System des gegenseitigen Entgegenkommens und der kleinen Gefallen ist der Fall Dörfler eigentlich ganz normal. Normal ist nur nicht, dass er öffentlich wurde. Dieses ganze System gilt es zu beseitigen.



Foto: Manu SLP - Transparent auf der ÖGB-Demo am 5. Juli 2001

ÖGB AM SCHEIDEWEG

Die Kritik über die Spitzenbezüge mit einem „aber in der Privatwirtschaft bekommen sie viel mehr“ einfach wegzuwischen, nützt nur der FPÖ. Gerade diese hohen Einkommen sind Ergebnis und Ursache der zahmen ÖGB-Politik. Ähnelt das Einkommen von GewerkschafterInnen eher jenem der Manager bzw. Politiker, mit denen sie verhandeln, als jenem der Mitglieder, die sie vertreten sollen, dann sind ihnen die Nöte des ersten näher, als jene des zweiten. GewerkschafterInnen müssen ein gesichertes Einkommen haben; aber eines, das nicht höher ist, als jenes der Gewerkschaftsbasis. Nur dann ist gewährleistet, dass die Interessen der Mitglieder auch kämpferisch vertreten werden. Dass die KollegInnen aus der Zeitung die Spitzenbezüge der Führung erfahren, ist ein weiterer Skandal. Natürlich ist es das Recht der Mitglieder zu wissen, wie hoch das Einkommen der FunktionärInnen ist. Wie viel

Geld sich im ÖGB-Streikfonds befindet geht hingegen die FPÖ nichts, aber auch gar nichts an.

GENERALSTREIK GEGEN GENERALANGRIFF

Die blau-schwarze Regierung stellt das Recht auf Widerstand und die gewerkschaftliche Organisation an sich in Frage. Sie fährt einen Generalangriff auf die ArbeitnehmerInnen und ihre Organisationen. Wenn der ÖGB so weitermacht wie bisher, hat die Regierung schon gewonnen. Was wir brauchen sind kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die die Interessen ihrer Mitglieder mit allen Mitteln verteidigen. Die Antwort auf den Generalangriff kann nur der Generalstreik sein. Damit die Mitglieder sich daran beteiligen, sind auch Veränderungen im ÖGB notwendig. Wenn FunktionärInnen – auch aufgrund ihrer Mehrfachfunktionen – Einkommen weit über jenen der Basis haben, so müssen sie alles, was darüber liegt, in einen Fond einzahlen,

aus dem Gewerkschaftsarbeit finanziert wird. FunktionärInnen müssen für ihre Arbeit Rechenschaftspflichtig sein – und zwar nicht nur alle paar Jahre auf den Gewerkschaftstagen, sondern immer. Und FunktionärInnen müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein – dann wird es keinen zweiten Fall Dörfler geben. Eine solche Gewerkschaft ist demokratisch und kämpferisch und kann die Mitglieder für einen Generalstreik mobilisieren und ihn erfolgreich führen. Die Antwort auf den Fall Dörfler und die Gewerkschaftshetze von Seiten der Regierung kann es nicht sein, die Urabstimmung auszusetzen oder zu verschieben, oder die Fragen noch weiter zu verwässern. Jetzt kann es eigentlich nur mehr eine Frage geben: Generalstreik! Denn dem Generalangriff der Regierung muss ein kämpferischer ÖGB einen Generalstreik entgegensetzen.

Unterschreiben für den 24-Stunden Generalstreik bei der SLP!

österreich

Polizeiübergriff in Wien
Seite 2

schwerpunkt

Wundermittel Streik?
Seiten 4/5

international

Vor dem 6. Krieg in Nahost?
Seite 7

Der Standpunkt



Eine Strafverfügung über 200,- ist eigentlich eine Banalität. Falschparken ist teurer. Ich habe, wie andere linke AktivistInnen, in den letzten Monaten mehrere Strafverfügungen bzw. -erkenntnisse der Bundespolizeidirektion Wien erhalten. Strafausmaß zwischen 200,- und 2000,- Schilling. Auf den ersten Blick eher harmlos; Auf den zweiten Blick aber der Versuch das Demonstra-

Aushöhlung des Demonstrationsrechts von Sonja Grusch

tionsrecht auszuhöhlen.
 Fall 1: Ich und ein anderer Demonstrant hätten laut Polizei einige Donnerstags-Demo anmelden müssen. Die Beweisführung: Wer ein Megaphon benutzt bzw. Parolen schreit, scheint neuerdings für die Anmeldung zuständig zu sein.
 Fall 2: Der Vorwurf, Kundgebungen bzw. Demos nicht rechtzeitig angemeldet zu haben. Plötzlich gilt die 24-Stundenfrist (Kundgebungen müssen mindestens 24-Stunden vorher bei der Polizei angezeigt werden) nämlich nur noch während den Amtszeiten.
 Fall 3: Der Obmann eines Vereines, auf dessen Homepage über eine von der Polizei als illegal befunden Straßenblockade - die übrigens nicht stattfand - informiert wurde, wird für die Aktion verantwortlich gemacht. Wer informiert, soll zahlen.
 Tatsächlich geht es darum, das Demonstrationsrecht auszuhöhlen. Wer sich politisch betätigt, soll eingeschüchtert und bestraft werden. Bei allen Fällen handelt es sich um "juristisches Neuland", wie der zuständige Behördenvertreter Mag. Kittinger auch zugibt. Es sollen hier Präzedenzfälle geschaffen werden. Bei der 24-Stunden-Frist wird versucht, das Versammlungsgesetz mittels des allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes auszuhebeln. Ist Kittinger damit erfolgreich, kann künftig auf aktuelle Ereignisse nicht mehr reagiert werden. Bevor eine Kundgebung angemeldet werden kann, müssen wohl künftig zuerst die Amtsstunden ausfindig gemacht werden. Die Anmeldung einer Demonstration übers Wochenende wäre nicht mehr möglich - oder teuer. Warum es jetzt versucht wird, darüber können wir nur mutmaßen. Wer allerdings von

Impressum:
 Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
 Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
 Herstellungs- und Verlagsort: Wien
 DVR: 0820202
 Zulassungsnummer 327808W97U

Kommt nach Wende-Regierung jetzt die Wende-Sozialpartnerschaft?

Bitte, bitte, lasst uns mitreden

Dass mit Blau-Schwarz die österreichische Nachkriegsordnung nachhaltig verändert wurde, blieb auch dem ÖGB nicht verborgen. Der leitende Sekretär Leitner nahm zur Kenntnis, dass man "ganz anders gefordert" sei. Nun stellt sich die Frage, ob der ÖGB bei der Regierungspolitik wieder "mitgestalten" darf.

VON FRANZ BREIER JUN., SLP - WIEN MITTE

Der Kampfhund FPÖ kläffte, die Ablehnung allerseits war "überwältigend". SP-Fischer, VP-Rauch-Kallat, Wirtschaftskammer-Chef Leitl und diverse Experten wiesen Riess-Passers Vorstoß, Kammer- und Gewerkschaftsfunktionäre aus Parlament dem und öffentlichen Ämtern zu verbannen, "vehement" zurück. Ein unbedeutendes Sommerloch? Nein, es ist symptomatisch.

ALTE NEUE PARTNER

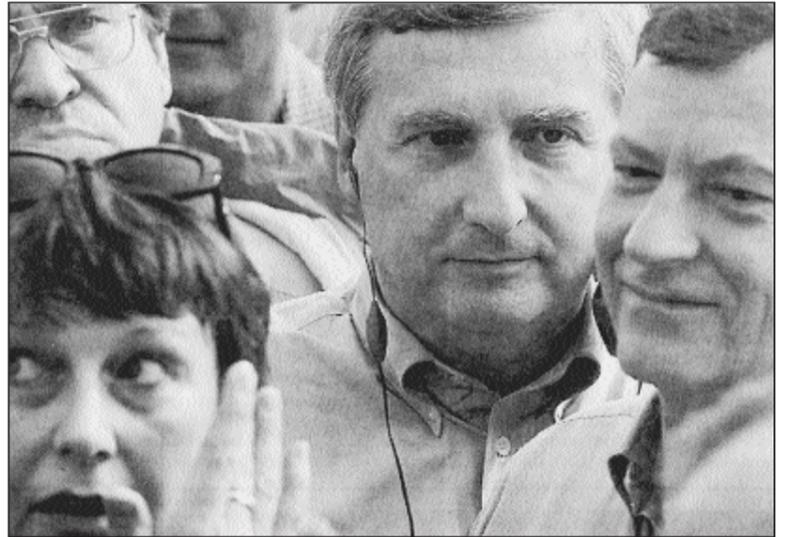
Leitl schmiedet mit Verzetnitsch seit Monaten eine neue "Wende-Sozialpartnerschaft". Man/frau solle "konstruktive Vorschläge" zur neuen Abfertigungsregelung und AMS-"Reform" einbringen. In diesem Zusammenhang hat sich jetzt auch SP-Chef Gusenbauer eingeschaltet. Nach den ersten Angriffswellen auf die Sozialversicherung (SV) und Sallmutter suchte er nach einem für die Bürokraten vertretbaren Kompromiss bei der künftigen

Besetzung der SV-Gremien. Sein Partner dabei: WK-Chef Leitl. Der Kämmerer bekommt von Seiten der ÖVP das Mäntelchen des Oppositionellen umgehängt. Dabei agiert er in vollem Einklang mit Schüssel und der VP-Führung. Der Unsicherheitsfaktor ist die FPÖ, die kaum in den klassischen Sozialpartner-Proporz eingebunden war.

SPEED KILLS UND VALIUM

Die bedeutsamen Streitigkeiten im VP-Arbeitnehmerbund, wo der AK-Vizechef von NÖ Dirnberger (von Khol anlässlich der ÖGB-Demo als "siebenter Zwerg" bezeichnet) von "offenem Bruch" innerhalb des ÖAAB sprach, sind letztlich Nebensache. Die unterschiedlichen Konzepte innerhalb der Regierungsparteien ergänzen sich derzeit perfekt. Diese Arbeitsteilung auf den Punkt gebracht: FPÖVP ziehen ihr "speed kills" durch und die "Wende-Sozialpartnerschaft" gibt Valium aus. Verzetnitsch und Co. schlucken es dankend. Das Ziel

Spitzenfunktionären, wie ÖGB-Präsidenten Fritz Verzetnitsch ist der Draht zur Basis abhandeln bekommen!



ist, den ÖGB weg von der Straße zu bringen. Dass die nötige "Einbindung" nicht zu weit geht, dafür sorgen Schüssel und vor allem die FPÖ schon.

POST-SKANDAL

In diesem Licht ist auch die Post-Affäre zu sehen. In Zeiten von Postämter-Schließungen und massivem Personalabbau wird die Spitze der Personalvertretung vom Management in die Generaldirektion eingegliedert - natürlich mit dementsprechenden Gehaltssprüngen. Die Folge davon ist: Mangels organisierter gewerkschaftlicher Basisoppo-

sition hat die FPÖ leichtes Spiel, sich als Anti-Privilegien-Partei aufzuspielen. Das eigentliche Ziel der FPÖ ist die Schwächung der Gewerkschaften und der ArbeiterInnenklasse allgemein.

Und das gerade jetzt vor der ÖGB-Urabstimmung! Die Reaktionen sind verheerend. Mit der Offenlegung der Bezüge der ÖGB-Führung entblödet sie sich nicht, ihr "sozialpartnerschaftliches" Verständnis offenzulegen. Sinngemäß geben sie uns zu verstehen: "Wir verdienen doch gar nicht mehr als die Unternehmervertreter". Das "was wollt ihr?" - können wir dazudenken.

ZUKUNFTSFRAGE

Das Revival der "Wende-Sozialpartnerschaft" schadet der ArbeiterInnenklasse. Sie muss zur Verteidigung ihrer Interessen Führung und Politik der Gewerkschaft übernehmen. Während der Einfluß der Unternehmerpartei SPÖ auf die Gewerkschaften schwindet, treibt die noch aggressivere Unternehmerpartei FPÖ den ÖGB derzeit vor sich her. Doch anstatt selbst in die Offensive zu gehen, läßt sich die ÖGB-Führung zusehend das Heft immer weiter aus der Hand nehmen und verharrt in Passivität.

Polizeirepression in Wien

Schleicht´s eich! Goschn halten!

Die tragischen Ereignisse von Göteborg und Genua haben offen die Willkür der Exekutive gezeigt. Spezialeinheiten, Polizei und Militär veranstalten eine Jagd auf die DemonstrantInnen. Ein Toter und unzählige Verletzte sind die bisherige Bilanz. Gewaltexzesse, Repressionen und Schikanierungen sind aber keine Ausnahmen, wie uns weißgemacht werden soll. Für ImmigrantInnen z.B. gehören sie schon fast zur Tagesordnung. SLP - Mitglied Bernhard Lang (Name wurde von der Redaktion geändert) wurde unter anderem selbst Zeuge und Opfer.

VON BERNHARD LANG, SLP - WIEN MITTE

Es ist kaum zu glauben, wenn man/frau es nicht selbst miterlebt hat, was vor einigen Monaten acht StudentInnen, unter ihnen eine Studierende asiatischer Herkunft mitmachen mußten. Wir können heute besser verstehen, wie wehrlos und zweifelt sich Menschen fühlen müssen, deren Rechte in Österreich tagtäglich eingeschränkt sind und nicht beachtet werden.

ZIVILCOURAGE GEFRAGT

Wir waren gerade auf dem Weg in ein Lokal, als wir in einer Wiener U-Bahnstation ZeugInnen folgenden Vorfalles wurden: Am gegenüberliegenden Bahngleis wurde ein Mann dunkler Hautfarbe von zwei Männern extrem aggressiv angegriffen und den Aufgang runtergezerrt. Als wir uns entschlossen hatten nachzusehen, was da genau geschehen war, gab es keine

Spuren mehr eines Kampfes und die beteiligten Männer waren ebenfalls verschwunden. Also haben wir uns nach kurzer Zeit entschlossen weiterzufahren. Plötzlich kamen aber die beiden Männer zurück zur U-Bahnstation und riefen aufgeregt einer auf die U-Bahn wartenden Frau zu, dass der "Neger" weg sei. Die Frau gehörte offensichtlich nicht zu den Männern, denn sie begannen, die Frau zu bedrängen.

STAATSKUNDEUNTERRICHT

Schließlich entschlossen sich zwei von uns, die Männer zu fragen, was da denn los sei. Mit der Marke der Kriminalpolizei in der Hand wurden wir "aufgeklärt", dass wir uns erstens "schleichen" und zweitens nicht in die "Amtshandlung eingreifen" sollten. Da die Marke der Kripo auf die Entfernung und kurze Zeit aber aussah, wie im Spielzeughandel ersteigert und sich der eine Mann gebärdete wie ein Türsteher,

wollte einer von uns noch einen Lichtbildausweis sehen. Dabei wurde gleich begonnen, ihn aus der U-Bahnstation rauszurempeln. Ein anderer erhielt ein paar Schläge auf den Hinterkopf und eine "Gnackwatschn". Als sich dann noch die Asiatin einmischte, wurde sie von den "ausführenden Organen" in Kenntnis gesetzt, dass sie als unmündige Staatsbürgerin die "Goschn halten" soll.

DIE POLIZEI, DEIN FREUND UND HELFER?

Schlussendlich, nachdem die für uns zwei vermeintlichen Kripo-Beamten weggefahren waren, erschien die von uns in der Zwischenzeit zu Hilfe gerufene Polizei. Auf dem Kommissariat zeigte sich, dass die zwei Männer wirklich von der Kripo waren. Bezüglich der Körperverletzung wurde freilich nichts unternommen. Uns wurde lediglich freigestellt, die Kripo-Beamten anzuzeigen oder eben auch nicht. Da die Zwei aber vom selben Kommissariat waren, auf dem wir uns befanden und die Anzeige aufgenommen worden wäre, haben wir auf eine Anzeige verzichtet. Schmerzhafter als die blauen Flecken und Beulen, war aber das Gefühl der Ohnmächtigkeit gegenüber der Exekutive.



Freunde und Helfer oder Robocops?

Finanzen der SLP

Teile und herrsche!

Dieser Spruch ist keine Aufforderung zum Spenden, sondern vielmehr das Motto der blauschwarzen Bundesregierung. Wobei sich das "Teile" nur auf Wohlgesonne bezieht. So bekommt jetzt neuerdings auch die rechte Postille "Zur Zeit" vom Umvolkungsexperten Andreas Mölzer Presseförderung. Während seit Jahren gerade bei kleineren linken Zeitungen der

Rotstift angesetzt wird (was für viele das Ende bedeutete), wird es Andernorts mit beiden Händen ausgegeben. Denn im Gegensatz zu linken Zeitungen erhält Mölzer keinen "Lärcherlschaas", sondern satte 800.000,- Schilling. Geld von Mölzer wollen wir keines, aber von unseren

PSK 8812.733

KAMPPFONDS

Ziel bis 31.08.01 65.000,- €

Interview mit Beschäftigten und Betriebsrat bei Amadeus

Die Beschäftigten löffeln die Suppe aus!

Der Libro-Konzern hat 268 Filialen und mehrere Tochterfirmen: Amadeus (Buchhandel - 27 Filialen), CeDe-Shop (Libro-Schweiz), und Libro Internationale Buchhandel (Deutschland), Libro Entertainment, MVL (Vertrieb), die Onlinevertriebsfirma "Lion.cc" und die Libro Online AG, an der Medienriesen WAZ mit 30,01% beteiligt ist.

Ursprünglich gehörte Libro zum Billa-Konzern. 1996 wurde der Konzern ohne Libro an die deutsche Rewe verkauft. 1997 im Zuge eines "Management Buy Outs" wurde Libro vom damaligen Management gekauft und übernommen. Es folgte 1999 eine Rahmenvereinbarung mit der Telekom-Austria für die Bereiche Internet und Telekommunikation. "Lion.cc" wurde gegründet und die Telekom mit 25% und einer Aktie an Libro beteiligt. Noch im selben Jahr folgte der Börsengang und der Beginn der Schwierigkeiten. Am 29. Juni 2001 wurde schließlich der Ausgleichsantrag gestellt und ein neues Management eingesetzt. In Folge wurden 450 Beschäftigte am 19. Juni 2001 beim AMS zur Kündigung angemeldet. Betroffen sind aber 2842 Beschäftigte.

Vorwärts sprach Mitte August mit den Amadeus-Beschäftigten Godehard Wolf (Betriebsrat) und Gerhard (Name von der Redaktion geändert).

Vorwärts (V): Wie ist die

Stimmung derzeit?

Wolf (W): Bei Libro ist die Stimmung wohl wesentlich schlechter als bei uns. Bei Libro arbeiten die Leute halt wirklich nur fürs Geld. Bei Amadeus kommt es auf die Filiale an.

Gerhard (G): Leider ist die Belegschaft gespalten. Die Amadeus Leute sehen sich als etwas besseres als die Libro Beschäftigten und umgekehrt.

V: Bei Libro sperren die Geschäfte jetzt früher auf, wie reagieren da die Mitarbeiter; es sind ja viele Frauen mit Kindern?

W: Ich glaube das neue Management will Signale setzen, so nach dem Motto: "Wir packens an, wir verändern was". Natürlich kündigen jetzt viele, die neuen Zeiten sind gerade für Mütter mit kleinen Kindern ein Wahnsinn, das ist ein angenehmer Nebeneffekt für das Management.

G: Ich glaube die wollen einfach Leute los werden und wenn die Leute selber kündigen ist das viel billiger für das Unternehmen. Gerüchteweise sind es schon über 150 Leute. Die Belastung ist groß, weil die Schlusszeiten

Werden die LIBRO- und Amadeus-Beschäftigten bald solche Bücher brauchen?

gleich bleiben. Außerdem werden ja die Stellen der gekündigten oft nicht nachbesetzt; was die Belastung für die Verbleibenden steigert. Für ein schlechtes Geld in der Augusthitze in einer Filiale stehen die vielleicht eh zusperrt ist etwas extrem.

V: Wer hat eigentlich verdient bei Libro, wie ist es so weit gekommen?

G: Es gibt sicher Verbindungen zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern, und der Aufsichtsrat hat seine Kontrollfunktion nicht wahrgenommen. Es gab noch beim Börsengang 480 Millionen

Sonderdividende. Die Ursache liegt nicht allein bei "Lion.cc." oder am Auslands-geschäft wie oft kolportiert wird, sondern ist hausgemacht. Es gab eine extreme Hierarchie mit rasant steigenden Gehältern, das hat die Kontrolle massiv erschwert. Keiner wollte halt der "Miesmacher" sein, der Kritik übt.

V: Am 29.9. gibt es die 1. Ausgleichstagsatzung, kommt das das Ende?

W: Ich halte dieses Datum für nicht so wichtig. Das Ende kann, wenn es kommt, auch früher oder

später kommen. In Vorbereitung auf den Ausgleich oder einen neuen Investor, der wahrscheinlich notwendig ist, werden sehr vermutlich einige Filialen v.a. in Wien geschlossen. Die Kündigungen sind bereits ergangen. Betroffen sind in Wien die Filialen: Floridsdorfer Spitz, Donau-Zentrum, Steffl und Virgin Megastore auf der Mariahilferstrasse. Außerdem eine Filiale in Feldkirch und Innsbruck.

V: Was soll jetzt passieren?

G: Der Betriebsrat ist um so stärker, je früher er seine rechtlichen Möglichkeiten zur Neige aus-

schöpft. Arbeitskämpfe hatten in der Vergangenheit deshalb eine schwache Verhandlungsposition, weil die Belegschaftsvertretung zu zögerlich auftrat. Ausgleiche und Konkurse in der Vergangenheit haben gezeigt, dass unterm Strich die Gesamtheit oder einen Großteil der Belegschaft ihren Arbeitsplatz verloren hat. Trotz sämtlicher Beteuerungen der Geschäftsleitungen und der Gewerkschaft. Was die Belegschaft daraus lernen kann, ist sich nicht spalten zu lassen, sondern vielmehr solidarisch zu handeln und die Öffentlichkeit zu suchen. Wir haben zu lange gewartet und



Philips schließt Teil des Wiener Werkes

So macht ein Multi Profite

Der internationale Elektronikonzern Philips will in Zukunft nur noch hochspezialisierte elektronische Geräte, wie etwa DVDs herstellen. Der Produktionsablauf soll weiter „technisiert“ werden. Für 7.000 MitarbeiterInnen an verschiedenen Standorten heißt das den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

VON KARIN WOTAWA
SLP-WIEN MITTE

Auch der Standort Wien wird von dieser Management - Entscheidung nicht verschont bleiben. Laut Paul Starenberg (Philips Österreich) trifft es 1200 von den zur Zeit noch 4900 Beschäftigten in Wien. Das ist rund ein Viertel des Personals.

VERLAGERUNG DER PRODUKTION

Die Videorekorderproduktion soll in Kooperation mit dem japanischen Funai-Konzern verlegt werden. Philips übernimmt nur mehr Marketing und den Vertrieb; die Produktion der "eigenen" Geräte wird eingestellt. Insgesamt wird der Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich 850 Beschäftigten den Job kosten. Weiters werden durch die Schließung des Videowerks in Wien auch 230 Stellen im Leiterplattenbereich vernichtet - "Synergie-Effekte" eben. Durch eine Auslagerung im

Telefaxbereich verlieren nochmals 120 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz.

POLITIK DER „SACHZWÄNGE“

Der Betriebsratsvorsitzende ist, wie einem ORF Interview sinngemäß zu entnehmen war, nicht bereit für die Arbeitsplätze zu kämpfen. Das deswegen, weil angeblich die betriebswirtschaftlichen Gründe für den MitarbeiterInnenabbau eindeutig nachvollziehbar waren. Er verlegt sich vielmehr in „guter“ sozialpartnerschaftlicher Tradition auf die Gründung einer Arbeitsstiftung für die Gekündigten. Natürlich will man/frau sich auch an der Ausarbeitung von Sozialplänen beteiligen. So auch der Wunsch der Gewerkschaft, die mit Philips Vertretern verhandelt.

Bereits mit der Verkündung der Hiobs-Botschaft, hat Philips die Gründung einer Job-Börse für die betroffenen Beschäftigten angeboten. Seitdem präsentiert sich Philips als Musterkonzern in den Medien, der sich auch noch um

die gekündigte Beschäftigten kümmert. Auch hier gibt es keinerlei Widerspruch von Seiten der Gewerkschaft oder Betriebsrats.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Aber selbst wenn die Verhandlungen für die Gewerkschaftsvertreter einen befriedigenden Ausgang finden, und sie sich anschließend zurücklehnen können, die MitarbeiterInnen haben ihren Arbeitsplatz verloren! Weder der Betriebsrat noch die Gewerkschaft ist einen Kampf eingegangen, sondern sie haben sich von vornherein mit der „neuen“ Situation abgefunden und auf einen gewerkschaftlichen Kampf verzichtet.

Nicht "gewerkschaftliche" und „sozialpartnerschaftliche“ Sozialpläne werden den Menschen ihren Arbeitsplatz sichern, sondern nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden, bei vollem Lohn, um eine Sicherung des Lebensstandards zu gewährleisten. Noch dazu ist Philips ein Konzern, der im letzten Jahr in Österreich einen Umsatz von 20,6 Milliarden Schilling (Quelle: Der Standard) einfahren konnte.

Vorarlberger LehrerInnen kehren der GÖD den Rücken

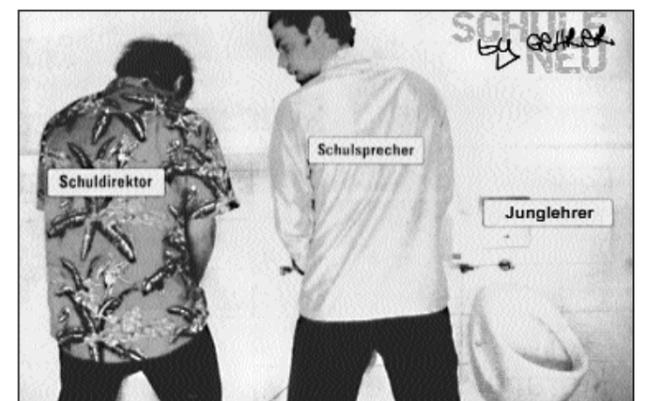
Unabhängige Bildungsgewerkschaft

Frustration und Enttäuschung über die (eben nicht-) Handlungsweise der GÖD gegen den Sparkurs der Regierung ließen am 23.Juni 2001 ca.250 Vorarlberger LehrerInnen eine eigene unabhängige Bildungsgewerkschaft gründen.

VON MARIA HÖRTNER,
SLP - WIEN MITTE

Das Ziel der UBG, die mittlerweile schon an die 800 Mitglieder fasst, ist die Rücknahme des Dienstrechtes, welches Dienstpostenabbau, Gehaltseinbußen und Mehrbelastungen für LehrerInnen beinhaltet. Das Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist der unbefristete Streik - laut UBG Obfrau Elisabeth Lechner. In Vorarlberg zeigt sich die Stimmung für einen Streik recht gut. Immerhin haben bei der Dienstrechts-urabstimmung 90% der LehrerInnen gegen beide Vorschläge (Regierungs- & GÖD-Vorschlag) gestimmt; einige Stimmzettel waren sogar durchgestrichen und mit einem Aufruf zum Streik versehen.

"Blamieren wir uns nicht, wenn wir nun nicht streiken?" oder



"Ziel ist der Streik, und zwar der unbefristete. Er soll so lange dauern, bis die Regierung bereit ist, ernsthafte Verhandlungen über eine Besserstellung der LehrerInnen aufzunehmen.", Aussprüche, die bei der Gründungsveranstaltung der UBG fielen. Sie spiegeln ganz genau den herrschenden Unmut wieder. Wie die Situation in den anderen Bundesländern ausschaut, lässt sich jedoch schwer erfassen. In Wien und Niederösterreich gab es bereits Gründungen einer unabhängigen Bildungsgewerkschaft mit 100 Mitgliedern, in den restlichen Bundesländern blieb es bis jetzt nur bei Ansätzen.

Abgesehen davon, wie sich die Situation in den restlichen

Bundesländern entwickelt, wird ein weiterer wichtiger Punkt im Herbst die ÖGB Urabstimmung und die Stellung der "neuen Opposition" zur Gewerkschaft darstellen. Falls der ÖGB tatsächlich einen Streikbeschluss fällt (was man/frau ja nicht einmal mehr zu hoffen wagt), wird es an der UBG liegen, sich für eine gemeinsame "Zusammenarbeit" und Verknüpfung des Kampfes zu entschließen oder nicht. Immerhin war es die GÖD, die keineswegs die Interessen der LehrerInnen, sondern im Gegenteil vielmehr die der Regierung vertrat und ihre Basis somit im Stich gelassen hat.

Auf jeden Fall aber sollten wir uns alle mit den LehrerInnen solidarisieren und uns auf einen



Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!

Wundermittel Streik?

Anfang Juli demonstrierten auf der Gewerkschafts-Demo 50.000 Menschen gegen die Regierung. Nun plant der ÖGB vom 24.9.-14.10. eine Urabstimmung. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem der Begriff "Streik" zumindest in den öffentlichen Sprachgebrauch zurückgekehrt ist. Ein eintägiger Generalstreik könnte zum Ende der Regierung führen - wäre da nicht die ÖGB-Führung. Der jetzt aufgebrochene Bezüge-Skandal bei den Post-Personalvertretern zeigt das Dilemma. Dazu kommt noch die (fast) Streik-Abstinenz der letzten Jahrzehnte und die Auswirkungen davon: Es gibt kaum noch Beschäftigte, die auf Erfahrungen im Umgang mit Streiks zurückblicken können. Der folgende Artikel ist ein Auszug aus unserer neuen Broschüre "Für einen 24-Stunden-Generalstreik".

VON SONJA GRUSCH,
SLP WIEN NORD

Gründe für Widerstand gibt es genug. Die Liste der Angriffe auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, auf Frauen, Jugendliche, PensionistInnen und ImmigrantInnen ist lang: Der Sozialstaat wird zerschlagen, Kollektivvertragsverhandlungen sollen von der Branchen- auf die betriebliche Ebene verlagert und die Gewerkschaft entmachtet werden, das Pensionssystem wird ausgehebelt und auf "private" Vorsorge umgestellt und die Sozialversicherungskosten sollen stärker auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden. Die Regierung fährt einen Angriff auf die ArbeiterInnenbewegung nach dem anderen (siehe Titel). Auf demokratischer Ebene werden das Demonstrations- und das Streikrecht in Frage gestellt.

WER FÜRCHTET SICH VOM ÖGB?

Dass es so nicht weitergehen kann, ist offensichtlich. Wenn wir diese Politik nicht stoppen, werden wir bald ohne Sozialversicherung aber dafür mit Schulden dasitzen. Widerstand ist also notwendig. Aber wie? Bis jetzt hat die Gewerkschaftsführung auf Verhandlungen gesetzt, gebracht haben diese nichts. Verhandlungen können etwas bringen, wenn die Gewerkschaft sie aus einer Position der Stärke heraus führt. Der einzige Zweck von Verhandlungen in den letzten Jahren ist es aber, die Gewerkschaft über den Tisch zu ziehen und/oder ihr Zugeständnis zu Angriffen auf den Sozialstaat zu erhalten.

Sozialpartnerschaft wollen Regierung und Unternehmer nur solange, solange sie in der Defensive sind. Einmal in der Offensive und stark genug, um ihre Anliegen durchzusetzen, interessiert sie die Sozialpartnerschaft nicht mehr. Daraus muss die Gewerkschaft ihre Lehre ziehen und nicht einseitig an der Sozialpartnerschaft festhalten, sondern mit den passenden Mitteln gegen die Angriffe kämpfen. Auch die halbherzigen Aktionstage des ÖGB haben sich als wirkungslos herausgestellt, ebenso wie die 55.000 Unterschriften gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Sozialversicherung. Selbst die Demonstration mit 50.000 TeilnehmerInnen am 5. Juli 2001 hat die Regierung kaum beeindruckt. Der Grund ist einerseits, dass Regierung und Wirtschaft wissen, dass auch die ÖGB-Führung kein Interesse an einem Streik hat. Und andererseits wissen sie auch, dass es sich um Einzelaktionen der Gewerkschaft handelt und es keinen zusammenhängenden (Stichwort: Verknüpfung der Proteste z.B. von Post und LehrerInnen) Plan gibt.

STREIK: EINE EFFEKTIVE WAFFE

"Das Herz eines Unternehmens sind seine Beschäftigten." Dieser schon abgegriffene Satz stammt zwar sinngemäß aus "Mitarbeiter-motivation für Anfänger", hat aber einen wahren Kern: Ohne ArbeitnehmerInnen geht nichts im Kapitalismus. Um seinen Betrieb am Laufen zu halten und Profit zu erwirtschaften braucht der Unternehmer eben "seine" ArbeiterInnen. Aus diesem Grund trifft ein Streik sowohl

den einzelnen Unternehmer, wie den Kapitalismus als Ganzes an seinem Lebensnerv. Ein bestreikter Betrieb hat die Möglichkeit einen Streik "auszusitzen", Streikbrecher zu engagieren oder den Forderungen einzuwilligen. Eines ist ihnen aber gemeinsam: Sie sind mit zusätzlichen Kosten für den Betrieb verbunden - einmal ganz abgesehen von den Kosten, die durch Streiks "stillstehende" Betriebe entstehen. Aber weil Unternehmer Streiks fürchten, reicht oft die bloße Ankündigung bzw. Drohung, wie es bei uns in den letzten Jahrzehnten der Fall war. In Wirklichkeit war das und nicht die "Sozialpartnerschaft" der Grund für die erzielten Reformen der letzten Jahrzehnte.

Den Streik als Drohung einzusetzen funktioniert aber nur, wenn die Gefahr eines Streiks eine Reale ist. Weiß der Unternehmer aus Erfahrung, dass es sich um eine leere Drohung handelt, wird sie wirkungslos. Die ÖGB-Spitze hat in den letzten Jahrzehnten zwar immer wieder gedroht, aber so gut wie nie ernst gemacht. Das wissen auch Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Regierung.

VOLK OHNE STREIK-GEN?

Trotzdem sind die Österreicher kein Volk ohne "Streik-Gen". In der Ersten Republik gab es eine Reihe wichtiger Arbeitskämpfe und auch nach 1945 war die ArbeiterInnenklasse weit kämpferischer, als das heute zugegeben wird. 1950 wandten sich hunderttausende ArbeiterInnen mit dem Oktoberstreik gegen die Päckerei und Unternehmens- und ge-

gen die sogenannten "Lohn-Preis-Abkommen". Bis in die 60er Jahre gab es hunderte - wenn auch meist kleinere - Streiks. Der große "Knick" kam erst in den 70er Jahren.

Die ÖsterreicherInnen sind also keineswegs von Natur aus "streikfaul" sondern sie haben es über Jahrzehnte von der Gewerkschaftsbürokratie so gelernt. Die Sozialpartnerschaft hatte v.a. auch die Aufgabe, die ArbeiterInnenenschaft "einzulullen" und vom Kämpfen abzubringen. Die streikfeindliche Politik des ÖGB hat dazu geführt, dass diese Organisation mit 1,44 Millionen Mitgliedern heute zahnlos da steht. Aber was VER-lernt werden kann, kann auch ER-lernt werden! Durch die Teilnahme an einem Streik lernt die ArbeiterInnenklasse mehr, als durch Bücher oder Gewerkschaftstage. Sie lernt aktive Solidarität und wie die Unternehmer, Staat und die Medien gegen sie vorgehen. Ein Streik ist ein Augenblick, in dem die Widersprüche zwischen den Interessen von Arbeit und Kapital offensichtlich werden und sich die ArbeiterInnenklasse ihrer Stärke und Möglichkeiten bewusst wird.

24-STUNDEN-GENERALSTREIK ORGANISIEREN

Ein 24-stündiger Generalstreik wäre ein Schritt, der der Regierung zeigt, dass der ÖGB kein "Bienenzüchterverein" ist, sondern, wie es auch in seinen Statuten steht, eine Kampforganisation. Mit der Urabstimmung befragt der ÖGB erstmalig in seiner Geschichte seine Mitglieder. Wenn die Abstimmung nicht als Alibiaktion missbraucht wird, kann sie genutzt werden, um alle Gewerkschaftsmitglieder, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen auf den Streik vorzubereiten. Gerade weil die konkreten Erfahrungen mit Arbeitskämpfen bei den meisten fehlen, muss ein Streik besonders gut vorbereitet sein. In Versammlungen müssen die Ziele diskutiert werden und alle müs-

sen sich als Teil des Ganzen sehen. Es muss Information und Diskussion über die Regierungspolitik geben und darüber, welche Alternativen es gibt. Dazu müssen demokratische Strukturen in den Betrieben geschaffen werden. Nicht irgendwelche Funktionäre in Zentralen, sondern die aktiven KollegInnen vor Ort sollen die Entscheidungen in einer Streikleitung fällen. Insbesondere in Bereichen, in denen Notdienste organisiert werden müssen, wie z.B. in Spitälern oder bei der Feuerwehr, muss dies durch die Beschäftigten vor Ort geschehen. Denn sie wissen am besten, was mindestens notwendig ist. Indem sie ihre Arbeit kollektiv und demokratisch organisieren zeigen sie aber auch, wie effektiv ArbeiterInnen ihre Arbeit selbst verwalten können und das Manager und/oder Unternehmer absolut entbehrlich sind. Erfahrungen zeigen, dass gerade demokratische Strukturen ein wichtiges Rückgrat von Streikbewegungen sind.

Jenen Bereichen, die gewerkschaftlich gut organisiert sind und eine gewisse Kampftradition haben, fällt in der Vorbereitungsphase eine wichtige Rolle zu. Post, Bahn, der Öffentliche Dienst und die Reste der Verstaatlichten Industrie können durch Warnstreiks in der Vorbereitungsphase zeigen, dass es mit dem 24-stündigen Generalstreik ernst ist. Sie können den Beschäftigten in anderen Branchen zeigen, dass Streiken möglich ist. Ein Streik ist eine aktive Angelegenheit. Er ist begleitet von Versammlungen, Demonstrationen und auch die restliche Bevölkerung muss über die Gründe und Ziele des Streiks aufgeklärt werden. In großen, gut organisierten Betrieben ist es leichter einen Streik zu organisieren als in Kleinen. Hier ist Solidarität zwischen den Beschäftigten der einzelnen Betriebe besonders wichtig. Die Überlegung, keinen Generalstreik, sondern viele punktuelle, zeitlich und örtlich unterschiedliche Streiks zu organisieren, hat

mehrere Haken. Findet ein Streik nur in einzelnen Filialen eines Unternehmens oder nur in einzelnen Unternehmen einer Branche statt, so kann die Produktion rasch in die anderen ausgelagert werden. Der Schaden für die Unternehmer wird somit minimal. Gerade wegen der fehlenden Streikerfahrung ist es wichtig, mit einem Generalstreik so viele Beschäftigten wie möglich in den Streik mit einzubeziehen.

Auch andere Bevölkerungsgruppen, die von der Regierungspolitik betroffen sind, sollen zur Solidarität aufgerufen werden: SchülerInnen und Studierende, PensionistInnen, Arbeitslose und Hausfrauen/männer. Sie können sich in Unterstützungskomitees organisieren, eigene Aktionen setzen und so die Streikenden unterstützen.

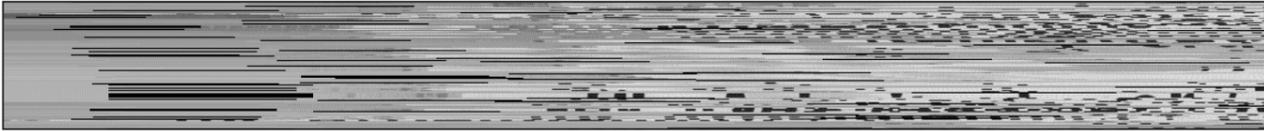
"ICH WÜRD' JA, ABER DIE ANDEREN..."

Viele KollegInnen haben Angst vor einem Streik, viele sind aber trotzdem bereit, für ihre Anliegen zu kämpfen. Eine Umfrage von IFES im Juli 2001 zeigt: 54% sind für Streiks, 37% sogar für Generalstreik, fast 50% der Gewerkschaftsmitglieder signalisieren Bereitschaft, sich an einem Generalstreik zu beteiligen - und das BEVOR eine Kampagne für einen Streik gestartet wurde. Innerhalb der Gewerkschaft steht die Führung unter einem immer stärkeren Druck, endlich aktiv zu werden. Dass der Bundesvorstand endlich Maßnahmen beschlossen hat, spiegelt diesen Druck wieder. Seit dem Regierungsantritt am 4.2.2000 sind viele Mitglieder aus dem ÖGB ausgetreten, weil dieser nichts getan hat. Auf der Demonstration am 15.7.2001 war der Grundtenor: "Jetzt müssen wir endlich etwas tun. Es reicht!" Natürlich ist es nicht so, dass die Basis nur auf den Startschuss wartet, um endlich zu streiken. Das wäre eine "romantische" und falsche Sichtweise. Die Aufgabe einer Gewerkschaft ist es aber auch nicht, zu sagen "es geht halt nicht, weil die Basis nicht will", sondern zu erklären, was notwendig ist und die Schlüsse

daraus zu ziehen. Also auch Streiks zu organisieren und dafür unter der eigenen Mitgliedschaft zu werben. Eine GewerkschaftsfÜHRUNG soll tatsächlich Initiativen vorgeben und eine führende Rolle spielen und nicht bremsen und hinterherhinken. Daher ist der ÖGB dazu aufgerufen, jetzt unter den Mitgliedern und FunktionärInnen zu informieren und für einen Streik zu mobilisieren.

JA DÜRFEN DIE DENN DAS ÜBERHAUPT?

Große Unsicherheit herrscht über die rechtliche Situation. Tatsache ist, dass Streiks an sich in Österreich nicht "positivrechtlich" geregelt sind. Es existieren also keine Gesetze speziell für Streiks. Daher gibt es auch keine legalen oder illegalen Streiks. Die Behauptung, Streiks im Öffentlichen Dienst wären verboten beruht auf einem heute nicht mehr gültigen Gesetz aus dem Jahr 1918. Wirklich verboten waren Streiks nur in der Monarchie, im austrofaschistischen Ständestaat und im Nationalsozialismus.



Die Regierung versucht natürlich, die rechtliche Situation der ArbeiterInnenklasse zu verschlechtern. Die Vorstöße von Riess-Passer für ein Streikverbot im Öffentlichen Dienst zeigen das ganz deutlich. Dabei ist Streiken aber ebenso ein Grundrecht wie Demonstrieren. In erster Linie ist es folglich keine juristische Angelegenheit, sondern eine politische Frage, ob Streiken "erlaubt" ist oder nicht. Und diese Frage hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften bzw. ArbeiterInnenklasse und Unternehmern bzw. Staat ab.

WIDERSTAND VERKNÜPFEN!

Ein Ziel des 24-stündigen Generalstreiks kann es sein, zu sagen: "Bis hierher und nicht weiter". Das bedeutet aber auch die Verschlechterungen, die schon umgesetzt sind zu akzeptieren. Daher ist es wichtig, die Rücknahme der bisherigen Verschlechterungen von Regierung und Unternehmern zu fordern. Die Regierung wird sagen: "Gegen uns könnt ihr doch nicht streiken, wir sind doch demokratisch legitimiert und arbeiten nur für Österreich." Die Unternehmer werden sagen: "Gegen uns könnt ihr doch nicht streiken, damit schadet ihr euch nur selbst und außerdem, was können wir für die Maßnahmen der Regierung?" Nun, Regierung und Unternehmer sind keineswegs so unabhängig voneinander. ÖVP und FPÖ werden von der Wirtschaft und ihren Institutionen unterstützt und auch finanziert. Sie wurden von den WählerInnen keinesfalls dafür gewählt, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen oder Studiengebühren einzuführen. Sie betreiben Politik im Sinne der Wirtschaft. Die Unternehmer profitieren von politischen Maßnahmen wie z.B. Flexibilisierung, Zwangsarbeit für Arbeitslose oder

Kürzungen im Bildungswesen (es bleibt mehr Steuergeld für Unternehmenssubventionen und wozu muss ein Maurer Englisch können, meinen die Lehrherren"). Streiks kommen aber auch im Rahmen der globalisierten Protestbewegung eine wichtige Rolle zu. Bis jetzt beschränkt sich diese Bewegung v.a. auf Demonstrationen und Gegengipfel. Die Proteste der Gewerkschaftsbewegung gegen die Kürzungen als Folge der globalen, neoliberalen Politik richten sich zur Zeit v.a. gegen die jeweiligen Regierungen. Diese beiden Bewegungen gilt es zu vereinen, wie es in Ansätzen beim Renault-Streik 1996 der Fall war. Der "Gegner" ist derselbe - der Kapitalismus und seine Auswirkungen. Für die Gewerkschaften ist die Verbindung notwendig, um über den eigenen, nationalen Tellerrand hinauszublicken, für die globalisierte Protestbewegung, um zu effektiven Kampfformen überzugehen. Streiks während oder im Vorfeld der Gipfel könnten diese verhindern bzw. ihre Politik ernsthaft in Frage stellen.

24-STUNDEN-GENERALSTREIK ALS ERSTE WARNUNG

Im Gegensatz zu betrieblichen Arbeitskämpfen, wo es meist um Löhne/Gehälter bzw. Arbeitszeitfragen geht, stellt ein Generalstreik eine weit höhere Kampfform dar. Es geht um generelle Angriffe und auch um politische Fragen, nicht der einzelne Unternehmer, sondern das System selbst wird in Frage gestellt. Ein 24-stündiger Generalstreik kann daher nicht als einzelne Maßnahme, sondern als Bestandteil in einem Aktionsplan gesehen werden. Es muss klar sein, was nachher kommt. Was, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden - dann müssen weitere und längere Streiks durchgeführt werden. Was, wenn die Forderungen erfüllt werden - sollen wir uns dann damit begnügen, oder in die Offensive gehen um Verbesserungen zu erkämpfen. Vor, während und nach einem Generalstreik passiert viel. Vor allem finden in den Dienststellen und Betrieben, auf der Straße und in Lokalen Diskussionen statt. Menschen, die noch niemals auf einer Demonstration waren, gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Menschen, die bisher dachten, was in der Zeitung steht ist wohl auch so, müssen feststellen, das die Medien über ihre Anliegen und ihren Kampf ein falsches Bild präsentieren. Menschen, die nichts verbochen haben sind mit der Polizei und scharfen Angriffen durch die Regierung konfrontiert. Sie müssen sich von Regierungsvertretern als "Gewalttäter", "Privilegienritter" und als "egoistisch" beschimpfen lassen.

Das wichtigste bei einem solchen Kampf ist es, konsequent zu bleiben. 1992 streikte in Deutschland der Öffentliche Dienst. Ent-

gegen den Streikenden entschied sich die damalige Gewerkschaftsführung für einen Abbruch und einen weiteren faulen Kompromiss. Das Resultat war ein EU-Posten in Brüssel für die Vorsitzende der Gewerkschaft und bei vielen KollegInnen die aufkommende Frage: "Wozu das Ganze?". Dieses Beispiel zeigt die Wichtigkeit des demokratischen Aspekts. Daneben aber auch noch, dass ein "Stehenbleiben" auf halbem Weg bzw. ein fauler Kompromiss von KollegInnen mittel- bis langfristig als eine Niederlage wahrgenommen wird. Wird ein Streik beschlossen und durchgeführt, braucht das die demokratische Teilnahme aller Mitglieder. D.h. auch, dass darüber, ob Verhandlungsergebnisse angenommen bzw. der Streik abgebrochen oder beendet werden soll nicht eine handvoll Funktionäre sondern die Streikenden selbst entscheiden müssen. In den Verhandlungsteams müssen von den Streikenden gewählte VertreterInnen sitzen, die Verhandlungen müssen offen - z.B. Live im Fernsehen - übertra-

gen werden.

FÜR KÄMPFERISCHE UND DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTEN

Eines ist klar, mit der jetzigen ÖGB-Führung wird ein derartiger Kampf nicht möglich sein. Die Urabstimmung wird nicht zur Mobilisierung genutzt, die Fragen werden sehr allgemein sein, die Forderungen nicht breit diskutiert. Die Gewerkschaftsbürokratie hat Angst vor einem Streik. Auch deshalb, weil sie die Kontrolle über den Streik und die Basis verlieren könnte, wenn diese beginnt, selbst aktiv zu werden. Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die sich nicht auf Verhandlungen beschränken, die auf keine faulen Kompromisse eingehen und die Mitglieder nicht nur als BeitragszahlerInnen sieht. In einer demokratischen Gewerkschaft vergehen nicht 50 Jahre, bis eine Urabstimmung stattfindet, sondern sind die Mitglieder in den Entscheidungsprozess eingebunden. In einer demokratischen Gewerkschaft werden die FunktionärInnen tatsächlich gewählt und nicht bestellt, wie das im ÖGB teilweise der Fall ist. In einer demokratischen Gewerkschaft sind die FunktionärInnen den Mitgliedern rechenschaftspflichtig und können jederzeit abgewählt werden. Viele GewerkschafterInnen wissen aufgrund ihres Spitzenverdienstes gar nicht mehr, wo den "einfachen" Mitgliedern der Schuh drückt. Das einzige Mittel um Skandale, wie den jetzigen um die Löhne der SpitzengewerkschafterInnen der Post, und Missbrauch von Gewerkschaftsgeldern zu vermeiden ist, die konsequente Umsetzung der Forderung von "FacharbeiterInnenlohn für FunktionärInnen".

FÜR EINE SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT

Bei Streiks machen ArbeiterInnen die Erfahrung, dass sie gemeinsam stark sind und etwas erreichen können. Solidarität wird gelebt und erlebt. Beim Streik der Liverpoolscher Hafenarbeiter organisierten sich die Frauen der Hafenarbeiter in WOW ("Women of the Waterfront" - Frauen der Wasserfront) und führten verschiedenste politische Aktionen durch. Sie sind dadurch selbstbewusster geworden und die Männer haben gelernt, dass "ihre" Frauen v.a. ihre Mitkämpferinnen sind. Ein Aktivist des deutschen ÖTV-Streiks von 1992 meinte: "Elf Tage gemeinsame Kampferfahrung haben mehr gegen AusländerInnenfeindlichkeit bewirkt, als alle moralischen Predigten der Politiker zusammen."

In einer kapitalistischen Gesellschaft wird es aber immer Ungeerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung geben. Die düsteren Aussichten für die Weltwirtschaft lassen weitere Angriffe erwarten, auf die die Arbeiter-

Eigentumsfrage gestellt. Wenn Unternehmer Arbeitsplätze durch Betriebsschließungen vernichten wollten kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Betriebsbesetzungen. Das bekannteste Beispiel ist die französische Uhrenfabrik LIP, die 1973 von der Belegschaft besetzt wurde. Die Produktion wurde selbst verwaltet und weitergeführt, es wurden Löhne ausbezahlt. Die LIP-ArbeiterInnen erhielten Unterstützung durch eine Welle von Solidarität v o n

ArbeiterInnen aus vielen Ländern. Die Regierung beendete dieses Projekt mit Hilfe der Polizei. Rasch stellt sich dabei auch die Frage "wie können wir uns z.B. gegen einen Polizeiangriff wehren, wie gegen Streikbrecher?". Sehr rasch kann damit der bürgerliche Staat in Frage gestellt werden und die Verteidigung der ArbeiterInnenklasse wird auf die Tagesordnung gebracht. Streiks an sich sind noch keine Revolution, aber wichtige Schritte auf dem Weg dorthin, sie sind, wie Friedrich Engels es ausdrückte: "Kriegsschulen der Arbeiter-

Innenklasse".

Unterschreiben und Mitmachen bei der Kampagnen der SLP

"FÜR EINE

24-STUNDEN



Auf der ÖGB-Demo am 5. Juli.

Foto: Manu

Mehr zum Thema

1950 - Der große Oktoberstreik

20 Seiten, 35,- inkl. Porto

Für einen 24-Stunden Generalstreik

24 Seiten, 30,- inkl. Porto

Zusendung erfolgt nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733

Warum freue ich mich, wenn der FC-Kärnten verliert?

Unheilige Allianz: Sport & Politik

Der FC-Kärnten spielt wieder in der 1. Bundesliga. Damit hat Kärnten nach jahrelanger Abstinenz wieder einen Vertreter in Österreichs Spitzenfußball. Trotzdem gibt es Viele, die dabei ein laues Gefühl im Magen verspüren und sich gar nicht freuen mögen. Der Grund dafür ist Jörg Haider. Er ist der Präsident des Vereins und nutzt jede Möglichkeit sich in Szene zu setzen.

VON ALI KROPP,
SLP-WIEN SÜD I

Einen Vorgeschmack, was bei sportlichen Erfolgen des FC-Kärnten blüht, zeigte der Cup-Sieg (neben dem Meister der zweitwichtigste Titel) in der letzten Saison. Der „Saubermann aus dem Privilegental“ zeigte sich publikumswirksam von seiner menschlichen Seite und lies sich gemeinsam mit der Mannschaft von den Fans feiern. Haider ist aber nicht der einzige. Auch Kurt Krenn, der sich gesellschaftspolitisch sonst eher am Mittelalter orientiert, zeigt sich mit Vorliebe bei Nationalspielen (wie zuletzt gegen die Schweiz) in der VIP-Loge des Happel-Stadions neben Vize-Kanzlerin Riess-Passer und anderen „Polit-Größen“.

Schließlich nutzte die blau-schwarze Regierung die SKI-WM in St. Anton letzten Winter, um sich nach dem Ende der „Sanktionen“ endgültig wieder in der Mitte Europas Eliten und den Herzen von Herrn und Frau Österreicher zu etablieren. Man/frau will mit den SympathieträgerInnen gesehen und noch wichtiger identifiziert werden.

SPORT, POLITIK & WIRTSCHAFT

Sportarten wie Fußball oder Skifahren bieten eine enorme Öffentlichkeit, weil sie von vielen Menschen mitverfolgt werden. Gerade das macht sie nun aber so attraktiv für Wirtschaft und Politik. Erst vor bald 30 Jahren brach im Fußball eine neue Zeit heran; die der großen Sponsoren. Die komplette Vermarktung des „Produktes“ Fußball setzte ein. Seitdem werden unglaubliche Summen von Seiten der Wirtschaft aus Werbe-, Prestige und

Profitzwecken in die Spitzenvereine gepumpt. Ein Ergebnis davon ist, dass Fußballer heute zu laufenden Litfass-Säulen degradiert wurden und die kleineren Vereine sang und klanglos verschwinden. Ganz wie in der „realen“ Wirtschaft werden Konkurrenten durch Fusionen geschluckt bzw. aufgelöst (z.B. VOEST Linz durch den LASK) oder

bleiben im Kampf um die Sponsormillionen auf der Strecke. Im Gegensatz zur Wirtschaft erkannte die Politik schon viel früher das Potential des Sports. Bereits im antiken Rom gehörte es zum politischen Umgangston, sich durch die Veranstaltung von „Spielen“ die Gunst der Bevölkerung zu sichern. Schon damals wurde Sport gezielt als Instrument eingesetzt, um die Menschen von ihren tatsächlichen Problemen abzulenken. Aber auch in der jüngeren Vergangenheit gibt es genügend Beispiele, wo sich die Politik die Popularität des Sport zu eigen machte. Hier sei z.B. nur an die große Bedeutung des Sport im faschistischen Italien und im Dritten Reich (Olympiade in

Berlin 1936) erinnert. Die Verzahnung von Politik und Sport ist also schon viel älter und tiefgreifender, als es auf den ersten Blick den Anschein hätte.

GESTERN UND HEUTE

Im Gegensatz zu heute war in der Antike die Verknüpfung von Sport und Politik allgemein bekannt und in einer gewissen Form auch selbstverständlich. Erst heute wird versucht, dem Sport im Einzelnen und der Kultur im Allgemeinen ein wertfreies Mäntelchen umzuhängen. Der Sinn davon ist, die Manipulation der Menschen

augenscheinlichen Resultate der noch kurzen „Tätigkeit“ Stronachs bei der Austria ist, dass sie bald mehr Trainer und Sportdirektoren unter Vertrag haben als andere Vereine Spieler. Die Besonderheit an der Rolle des edlen Mäzens zeigt sich jetzt daran, dass Stronach offiziell nicht einmal ein Amt bei der Austria bekleidet. Was auch gar nicht gehen würde. Denn Stronach hat im Zuge seiner damaligen Wettkanal-Ambitionen vor rund einem Jahr den Sitz des „Liga-Präsidenten“ übernommen.



und die gewinnträchtige Vermarktung besser zu verstecken.

DER EDLE MÄZEN?

Ganz besonders trifft das auf die Rolle der Wirtschaft zu. Anstatt offen einzugestehen, dass der Sport an sich egal ist, sondern nur die Werbung für das Produkt bzw. der Gewinn eine Rolle spielt, geben sie die Wirtschaftskapitäne gerne die Rolle eines edlen Mäzens. Das beste Beispiel dafür ist natürlich Frank Stronach. Millionen über Millionen steckt(e) er bis dato in den österreichischen Fußball, nur damit wir in ein paar Jahren auch einmal Fußballweltmeister werden. Ganz besonders schlägt sein Herz bzw. Brieftasche aber für Violetta – die Austria Wien. Eines der ersten

Noch dazu konnte Stronach ganz einfach und flott zu seinen edlen Taten überredet werden. Vollbracht hat dieses „Kunstwerk“ der ehemalige Verkehrsminister und damalige Austria-Präsident, Rudolf Streicher, als sie gemeinsam im Flugzeug über das Happel-Stadion flogen. Glaubt man/frau dieser offiziellen Version (wird bei jedem Länderspiel zum Besten gegeben), fließen seit damals die Millionen.

Angesichts der derzeitigen Situation am Arbeitsmarkt wäre es aber besser gewesen, der Sozialdemokrat Streicher wäre mit Stronach statt über das Happel-Stadion über das Philips Werk in Wien-Favoriten oder noch besser die AMS-Zentrale in der Treustrasse im 20. Bezirk geflo-

Neue Broschüre der SLP:

Für das Recht auf Selbstbestimmung

Die neue Broschüre "Volle Selbstbestimmung für Frauen: gegen den Terror der Abtreibungsgegner" der SLP ist das Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung mit den Abtreibungsgegnern von "Pro-Life".

VON BARBARA FRÖSCHL,
SLP WIEN-NORD

Sie treten seit 1997 in Österreich verstärkt auf und terrorisieren Frauen. Der konkrete Anlass für das Erscheinen dieser Broschüre ist unsere Kampagne rund um die Mairo-Klinik.

Die Broschüre beschäftigt sich mit dem Kampf um die Fristenlösung in Österreich, dem Entstehen und Auftreten von "Pro-Life" in Österreich, als auch mit dem internationalen Netzwerk der Abtreibungsgegner. "Pro - Life" Österreich ist Teil von "Human Life International", dem größten internationalen Netzwerk von Abtreibungsgegnern, die in 56 Ländern mit ähnlichen Methoden vorgehen. In diesem Zusammenhang wird ihr politischer Hintergrund, der von Frauenfeindlichkeit, Homophobie als auch einer Verharmlosung des Holocausts geprägt ist, aufgezeigt. Am Beispiel USA zeigen wir, dass es sich bei den AktivistInnen von "Pro-Life" keineswegs um ein paar fanatische Spinner handelt, sondern, dass sie einen systematischen und gut organisierten Kampf gegen das Frauenrecht auf Abtreibung (und die Selbstbestimmung von Frauen generell) führen, in dem sie vor nichts zurückschrecken. So haben sie in den USA seit 1993 mehrere ÄrztInnen und MitarbeiterInnen von Abtreibungskliniken ermordet und etliche Bombenanschläge auf Abtreibungsklinken verübt. Weiters enthält die Broschüre einen Teil, der sich mit der allgemeinen frauenpolitischen Situation in Österreich auseinandersetzt und die ideologischen Gemeinsamkeiten von "Pro-Life"

und den beiden Regierungsparteien aufzeigt. So versicherte beispielsweise Wolfgang Schüssel dem Leiter von "Pro Life" Dietmar Fischer, dass die ÖVP grundsätzlich gegen Abtreibung sei. Auch ist es kein Zufall, dass "Pro-Life" bei den Gemeinderatswahlen in Wien dazu aufgerufen hat FPÖ zu wählen (um das ungeborene Leben zu schützen) und dass sich die Abtreibungsgegner gerade jetzt wo immer mehr Frauenrechte in Frage gestellt werden, im Aufwind fühlen.

Außerdem bringt die Broschüre verschiedene internationale Beispiele über die Situation in Bezug auf Abtreibung (z.B. in Irland und USA) und ein Interview mit der Leiterin der Mairo-Abtreibungsklinik und einer Aktivistin der "Pro Choice" (für die freie Entscheidung) - Bewegung in den USA.

Wichtig war es uns bei der Erstellung dieser Broschüre (sowie bei unserer Kampagne um die Mairo-Klinik) die "Abtreibungsfrage" mit der allgemeinen frauenpolitischen Situation in Zusammenhang zu stellen und aufzuzeigen, dass hinter Vorstößen von Regierungsvertretern, die Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper absprechen wollen (wie z.B. der Vorschlag Haupts, dass Abtreibung nur noch mit Zustimmung des Partners möglich sein solle) eine frauenpolitisch reaktio-

näre Ideologie
20 Seiten, 30
ÖS
inkl. Porto,
Bestellung
bei der
Redaktion.

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19.30

Uhr, Club International, 16, Payerg. 14

WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr

Amerlinghaus, 7, Stiflgasse 8

WIEN-SÜD I: Jeden Dienst um 20 Uhr

Bunte Kuh, 5, Zentag./Siebenbrunneng.

WIEN-SÜD II: Jeden Freitag um 20 Uhr

Schlupfwinkel, 4, Kleine Neugasse

WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr

"Peer Gynt", 20, Jägerstr. 38

GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH:

jeweils Montag, 18.00

Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13

SLP-FRAUEN: (nur für Frauen)

Termin auf Rückfrage

SAP/JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Montag um 19.30 Uhr

Grünes Lokal, 6, Eckertg./ Ecke

Dürerg.

JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr

Die SLP-Veranstaltungen im September:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

10. SEP.: „KÄMPFEN STATT ABKASSIEREN“ **GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH**

11. SEP.: „BRÜSSEL-AKTIONSPLENUM“ **SLP-WIEN-SÜD I**

21. SEP.: „INTERN. GEWERKSCHAFTEN IM WIDERSTAND; VORBILD FÜR DEN ÖGB?!“

SLP-WIEN-SÜD

19. SEP.: „ÖGB: ARBEITERINNENLOHN FÜR FUNKTIONÄRE“ **SLP-WIEN-MITTE**

25. SEP.: „SCHÜLERINNEN FÜR GENERALSTREIK“ **SLP-WIEN-WEST**

1. OKT.: „ÖGB-URABSTIMMUNG“ **GEWERKSCHAFTSSTAMMTISCH**

28. SEP.: „WIE KÖNNTE EIN 24-STÜNDIGER GENERALSTREIK GELINGEN?“

SLP-WIEN-NORD

Demonstrationen im Heißen Herbst:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz,

jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

14. DEZEMBER, BRÜSSEL, BELGIEN: EUROPaweite Demonstration von GewerkschafterInnen und Jugendlichen gegen die Festung Europa - für Gleiche Rechte Anlässlich des EU-Gipfels.

Fahrkarten & Infos unter 01-524 63 10

Die Sozialistische LinksPartei ist Mitglied im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale KAI/CWI mit Sektionen und Gruppen in über 35 Ländern auf allen Kontinenten.

Britannien

Coventry

Dass die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs in Britannien mitunter tödliche Folgen hat, ist bekannt. In Coventry wehren sich die BusfahrerInnen der ebenfalls privatisierten Travel West Midlands gegen schlechte Bezahlung und sinkende Sicher-

Neues aus dem CWI

heit. Obwohl die Gewerkschaft TGWU sie nicht unterstützt, traten über 100 BusfahrerInnen in den Streik. Die Unternehmensleitung entließ drei der Streikenden. Die Socialist Party, die britische Schwesterpartei der SLP, die in Coventry drei Gemeinderäte hat, unterstützt die Streikenden und entlassenen KollegInnen. Die SP fordert die Re-Verstaatlichung des öffentlichen Verkehrs und die Verwaltung desselben durch Beschäftigte und Passagiere.

Europa

CWI-Schulung

An der heurigen CWI-Sommerschulung in Belgien nahmen knapp 300 TeilnehmerInnen aus Europa, den USA und Israel/Palästina teil. Die Schulung stand ganz im Zeichen der globalisierten Protestbewegung. "Die einen kamen gerade aus Göteborg, die anderen waren auf dem Weg nach Genua" faßt eine österreichische Teilnehmerin zusammen. Ein Schwerpunkt der Diskussionen war die Entwicklung im Nahen Osten, aber auch hier dominierte die Frage nach den Perspektiven für die globalisierte Protestbewegung. Auch für eine kritische Auseinandersetzung mit Bewegungen wie Attac war Platz. Alle wesentlichen belgischen Medien berichteten über die Pressekonferenz des CWI zu den Protesten und der Frage von staatlicher Gewalt.

Kasachstan

Verzweiflungstat

Aus Verzweiflung und um gegen die Nichtbezahlung der Löhne seit fünf Monaten zu protestieren griff der 43jährige Alexander Komorov zu drastischen Mitteln. Der Metallarbeiter aus Uralks übergoss sich mit Benzin, zündete sich an und sprang aus dem neunten Stock. Drei Tage später demonstrierten 3000 wütende MetallarbeiterInnen - im Gedenken an ihren Kollegen und um ihre Löhne zu erhalten. Aufgerufen hatten Gewerkschaftsführer und das aus verschiedenen Arbeitskämpfen bekannte CWI-Mitglied Ionur Kurmanov.

Israel: Frieden statt Kriegstreiberei!

Naher Osten in Flammen

Ein sechster Nahost-Krieg ist möglich. Die Regierung Sharon zielt mit ihren Provokationen und militärischen Manövern darauf ab. Die palästinensische Massenbewegung muss an ihren besten Traditionen anknüpfen, die israelisch-jüdische ArbeiterInnenklasse in einer neuen Friedensbewegung ihre politischen Fesseln abstreifen.

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP-WIEN MITTE

Die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten sind seit Jahrzehnten sozialem Horror und militärischer Repression ausgesetzt. Durch Abriegelungen der Territorien werden regelmäßig zigtausende ArbeiterInnen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit Mitte der 90er verdreifacht. Ebenso trist sieht es mit der Wasser- und Energieversorgung aus, auf die Israel ebenso direkt Einfluss besitzt. Die formelle „Teil-Autonomie“ änderte an der sozialen Lage der Massen nichts zum Besseren.

In Israel sahen die 90er Jahre ein dramatisches Auseinanderklaffen von Arm und Reich. Die neoliberalen Offensiven führten dazu, dass heute 40% der jüdischen Bevölkerung an oder unter der offiziellen Armutsgrenze leben müssen. Neben den nationalen wachsen die sozialen zentrifugalen Kräfte. Die Radikalisierung von Teilen der ArbeiterInnenklasse führte zu Ansätzen einer eigenständigen ArbeiterInnenpartei. Mittlerweile sind diese unter dem Druck der Ereignisse mangels konsequenter sozialistischer Positionen vorerst gescheitert.

WEG INS VERDERBEN

Vor knapp einem Jahr begann mit Sharons Provokation am Tempelberg das Wiederaufflammen der palästinensischen Intifada. Die

Besetzung des Orient-Hauses im August durch israelische Einheiten in Ost-Jerusalem wurde selbst von den westlichen Verbündeten als unnötiger Schritt zur endgültigen Eskalation gesehen. Auch die Regierung scheint daran auseinanderzubrechen. Jede nunmehr ausgehandelte „Waffenruhe“ kann binnen Minuten gebrochen werden.

Die Vermittlungsversuche des Imperialismus durch den deutschen Außenminister sind hilflos. Dem Westen ist seit dem Scheitern der Osloer Verträge das Heft aus der Hand genommen. Hinzu kommt die Politik von US-Präsident Bush, der innerhalb kurzer Zeit sogar wohlgesonnene arabische Partner verärgerte. Weder auf diplomatischem noch auf militärischem Weg kann im Kapitalismus Wohlstand geschweige dauerhafter Friede erreicht werden.

NEUE FRIEDENSBEWEGUNG?

Sharon verlor laut Umfragen binnen einer Woche 10% Punkte an Unterstützung. Dies ist ein Vor-

geschmack auf massive Veränderungen, die mit Krieg und Bürgerkrieg einhergehen können.

Gibt es einen
Ausweg aus
dem Konflikt
in Israel/
Palästina?

Foto: Manu



Die

bisher dominierenden Gruppen der israelischen Friedensbewegung haben sich politisch an etablierte Parteien gebunden und keine eigenständige Rolle gespielt. Sie haben sich lediglich mit den besetzten Gebieten auseinandergesetzt, jedoch die soziale Frage und den Status Jerusalems unbeantwortet gelassen. Noch vor wenigen Jahren konnten sie Hunderttausende mobilisieren. Das Aus des Osloer „Friedensprozesses“ war ein Schock, auf den sie nicht vorbereitet

waren. In der jetzigen Fast-Kriegs-Situation ist sie auf wenige Tausend geschrumpft.

Eine neue Friedensbewegung muss in kompromissloser Opposition zu allen bürgerlichen Parteien stehen. Sie muss die verständlichen Ängste der jüdischen Bevölkerung genauso ernst nehmen, wie die Rechte aller Minderheiten und letztlich ein Programm zur Verbindung des Kampfes mit den PalästinenserInnen in und außerhalb Israels auf der Grundlage von ArbeiterInnen-Einheit entwickeln. Das ist kein einfacher, aber der einzig realistische Weg. Für die Rücknahme aller Privatisierungen und Sozialabbaumaßnahmen der letzten Jahre als ersten Schritt und die Entmachtung der Kriegstreiber in Politik, Wirtschaft und Armee.

Ein wichtiger Punkt in Israel ist, das Recht zu erkämpfen, von der Armee nicht als Kanonenfutter missbraucht zu werden. Hier ergeben sich Möglichkeiten eines gemeinsamen Kampfes von jüdischen und arabischen/palästinensischen Jugendlichen. Sharon und jede Kriegsregierung können letztlich nur von einer revolutionären Bewegung in Israel selbst hinweggefegt werden.

Die Zeit drängt: Das Szenario von Bürgerkrieg und „ethnischen Säuberungen“ in Israel selbst droht. Je bewusster die israelischen PalästinenserInnen eingreifen, je stärker die Pogrome und Angriffe auf sie werden, desto mehr kann eine Eskalation zum Auseinanderbrechen der jetzigen Grenzen führen - einhergehend mit einer Vertiefung ethnischer Gräben.

WELCHE METHODEN?

Die Schwäche der revolutionären Linken sieht man/frau in den besetzten Gebieten am Zulauf zu religiös-reaktionären Organisationen wie der Hamas und dem Dihad. Die Methode der Selbstmordattentate auf zivile Ziele in Israel ist kontraproduktiv. Sie bringen die Intifada nicht nach vorn und treiben die israelische Bevölkerung (wieder) in die Arme der Hardliner. Die Intifada wird sich weiterentwickeln und zeigte mit dem Generalstreik im August, dass sie an den besten Traditionen wieder anknüpft. Die palästinensischen Massen müssen ihren Kampf selbst demokratisch kontrollieren. Die Aktionen und die bewaffnete Selbstverteidigung sollen kommunal organisiert und die Zwangsjacke des religiösen Fundamentalismus abgeworfen werden. Die korrupte Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde muss ersetzt werden. Knapp die Hälfte des Budgets versickert in dunklen Kanälen.

Das CWI und seine israelische Schwestersektion Ma'avak Sozialist kämpfen für den Aufbau solcher Bewegungen zum Sturz sowohl der israelischen als auch der palästinensischen herrschenden Klasse. Für ein unabhängiges sozialistisches Palästina neben einem sozialistischen Israel als Schritt zu einer sozialistischen Konföderation des Nahen Ostens auf gleichberechtigter und freiwilliger Grundlage.

Naher Osten in

Die deutsche PDS auf dem Weg zur "Normalität"

Nadelstreif, statt roter Socken

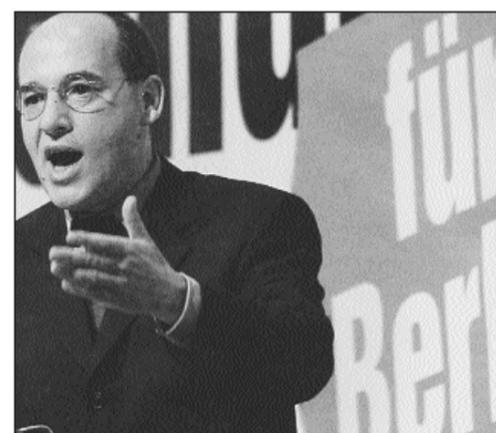
Zwölf Jahre nachdem die Mauer fiel, versinkt Berlin im Sumpf aus Korruption und Spekulation. 70 Milliarden Mark Schulden und ein Defizit von 4 Milliarden - nach dieser Bilanz musste die große Koalition unter Bürgermeister Diepgen (CDU) vorzeitig abtreten. Am 21. Oktober wird gewählt. Die Medien erwarten ein politisches Erdbeben...

VON JOHN EVERS,
SLP - WIEN SÜD I

Gregor Gysi, Star und ehemaliger Vorsitzender der "Partei des demokratischen Sozialismus" ist der beliebteste aller SpitzenkandidInnen. Sein erklärtes (und realistisches) Ziel: 20 Prozent plus X für die PDS - als Grundlage für eine Koalition mit der SPD. Vor allem die CDU sieht darin einen Tabubruch und malt die Schreckgespenster des kalten Kriegs an die Wand. Doch angesichts der Rolle, der sich die PDS verschrieben hat ist das mehr als lächerlich? Hinter dem Wahlslogan "Menschen für Gysi und Berlin für Alle" steht ein klares neoliberales Bekenntnis: "Eine Flucht in die Verschuldung ist unsozial. Sie nutzt vor allem den

Banken und untergräbt die Handlungsfähigkeit des Landes. Deshalb streben wir an, die Neuverschuldung des Landes bis zum Ende des Jahrzehnts auf Null zu senken." (Wahlprogramm der PDS Berlin 2001). Geschehen soll das durch Privatisierungen und "schmerzhafte Einschnitte, wie im Öffentlichen Dienst. Die "Partei des demokratischen Sozialismus" stellt damit klar: Sie ist bereit jeden Preis für den Eintritt in die künftige Stadtregierung zu bezahlen. PDS am Wendepunkt Das Ende des Anspruchs "linke Opposition" sein zu wollen, ist besiegelt. Ideologische Buntheit oder Unverbindlichkeit waren bisher das Markenzeichen der PDS. Originelles Auftreten und Selbstverständnis, als einzig

wahre "Ostpartei" reichte, um bestehenden Unmut in Wahlsiege umzumünzen. Doch der PDS-Alltag blieb grau: Die Partei war und ist keine Kraft, die ArbeitnehmerInnen und Jugendliche im Widerstand organisiert. Die Westausdehnung der PDS ist gescheitert, die Parteibasis alt und passiv: Von den 80.000 Mitgliedern in den neuen Ländern (4.000 im Westen) sind nur 0,6 % unter 30 Jahren - der Trend weiter rückläufig. Die Parteispitze zieht aus alledem einen Schluss: Die PDS hat nur Zukunft, wenn sie den Medien und der SPD ihre Nützlichkeit beim Regieren und Verwalten beweist. Dazu wird sie - nicht zuletzt wegen der Schwindsucht der anderen Parteien im Osten - tatsächlich zunehmend benötigt. Schon jetzt ist die PDS in zwei Bundesländern verlässlicher Bündnispartner für neoliberale Politik. Nur vor diesem Hintergrund, läßt sich erklären, dass die PDS gerade jetzt in die künftige Regierung Berlins



Gregor Gysi

drängt, obwohl abzusehen ist, dass jede künftige Regierungskoalition unter gewaltigem Sanierungsdruck stehen wird. "Unsere Strategie besteht darin, die PDS und Gysi als Anwälte der sozialen Gerechtigkeit zu zeigen. Gerade angesichts der bevorstehenden harten Einsparungen in Berlin, die wir mittragen müssen." (Andre Brie, Wahlkampfleiter von Gregor Gysi und Programmautor des neuen Parteiprogramms, FAZ 16.8). Die Zeit ist reif für eine neue

Partei. Das "linke" Feigenblatt für neoliberale Regierungspolitik - so soll der künftige Kurs der PDS aussehen. Gysi steht wie kein anderer für dieses Projekt: Sein Wahlkampf und seine Inhalte sind ganz auf liberale Medien und sogenannte Meinungsträger zugeschnitten. Der Gysi-Wahlzirkus bietet keine sozialistische Alternative für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche zu den etablierten Parteien. Unsere Schwesterpartei SAV wird deshalb bei den kommenden

Sozialistischer Widerstand International Auf nach Brüssel: Gegen die Festung EUropa

Bild: Internationale Demo gegen Rassismus in Brüssel 1992.

"Widerstand" ist das Motto der Proteste gegen die blau-schwarze Bundesregierung. Weltweiten „Widerstand“ gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne leistet eine immer stärkere globale Bewegung. Am Wochenende um den nächsten EU-Gipfel - der 15/16. Dezember - finden mehrere wichtige Ereignisse statt. Neben den internationalen Demonstrationen wird eine neue internationale Organisation gegründet: „Sozialistischer Widerstand International“.

VON JOHN EVERS, SLP-WIEN
SÜD I

Beim EU-Gipfel in Brüssel wollen die europäischen Regierungen weiter an der Festung Europa bauen. Das bedeutet: Neue ausländerfeindliche Gesetze und verstärkte Bespitzelung und Überwachungssysteme in der EU.

SCHWERPUNKTE DES GIPFELS

Die „neue Zuwanderungsdebatte“ in der EU läuft unter genauso rassistischen Vorzeichen wie die Alte: Ausländische KollegInnen

werden als Ware betrachtet, die bei Bedarf geholt oder ausgetauscht werden kann. Die Politik der Bundesregierung bewegt sich genau auf dieser Linie: Auf Druck der FPÖ wurde der Druck auf die „Saisonbeschäftigten“ verstärkt. Das bedeutet noch mehr rechtlose ausländische KollegInnen. Gleichzeitig sollen durch den sogenannten Integrationsvertrag die Daumenschrauben angezogen werden: Wer nicht pariert, der fliegt raus. Der zweite Schwerpunkt der EU ist die Kriminalisierung von TeilnehmerInnen der

globalen Protestbewegung. Sie werden mit Fussballrowdys auf eine Stufe gestellt und das Demonstrationsrecht (ein Grundrecht) soll ihnen entzogen werden. Auch hier verstehen sich EU und Bundesregierung bestens. Kein Tag vergeht schließlich, an dem die Freiheitlichen nicht das Verbot regierungskritischer Demonstrationen fordern. Wo dieser Kurs endet hat man/frau in Genua gesehen: Sogar durch Mord soll die „Ordnung“ wiederhergestellt werden.

AKTIVE PROTESTE UND LOKALE ARBEIT

Linker und sozialistischer Widerstand hat v.a. in Margareten einen Namen: Sozialistische Links Partei. Im Frühjahr 2001 haben wir bei den Bezirks- und Gemeinderatswahlen erstmals kandidiert und 139 Stimmen erhalten. Unser

Antreten bedeutete ein Versprechen: Auch nach den Wahlen aktiv zu sein und zu versuchen gemeinsam mit unseren WählerInnen und UnterstützerInnen eine starke sozialistische Kraft im „Fünften“ aufzubauen. Dieses Versprechen wurde und wird eingelöst: Unsere Ortsgruppen haben seitdem an den Protesten in Salzburg und Genua teilgenommen, am 1. Mai eine Bezirksdemonstration abgehalten und Diskussionsveranstaltungen, wie jene zum globalen Widerstand in der VHS Stöbergasse - durchgeführt. Die SLP beteiligt sich an der Mobilisierung zu den Protesten gegen den EU-Gipfel in Brüssel und für die Gründung der Organisation „Internationaler Sozialistischer Widerstand“. Wir laden deshalb am 11. September zu einem Aktivistenkomitee ein.

- Nein zur Festung Europa! Weg mit allen ausländerfeindlichen Gesetzen!
- Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung Aller die hier leben!
- Gemeinsamer Kampf von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, „Aus“ und „InländerInnen“ - gegen jeden Sozialabbau, Ausgliederung und Privatisierung - für die 30 Stundenwoche bei vollen Lohn und 1000,- Euro netto Mindesteinkommen!
- Nein zur kapitalistischen EU - Weg mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Amsterdam!
- Für ein vereinigt sozialistisches Europa in Ost und West als Alternative zu Nationalismus und kapitalistischer Osterweiterung!

Sozialistischer Widerstand International

Fight back - Diskussion & Aktion

"Fight back - Sozialistischer Widerstand International" ist das Motto, unter dem die Sozialistische Linkspartei im Oktober drei Tage von Veranstaltungen und Diskussionen stellt. Von 26.-28. Oktober werden über 100 TeilnehmerInnen aus Österreich und dem Ausland über verschiedenste Fragen diskutieren.

Ziel von "Fight back - Sozialistischer Widerstand International" ist es, die aktuellen Bewegungen mit dem theoretischen Rüstzeug auszustatten. Der Freitag steht unter dem Schwerpunkt der globalisierten Protestbewegung - welche Perspektiven gibt es? Wie umgehen mit der staatlichen Gewalt und wie kann die wachsende antikapitalistische Stimmung zu erfolgreichen Kämpfen führen? Samstag kreist alles um die Frage: "Welcher Weg zum Sozialismus". Welche der linken Strömungen - Marxismus, Anarchismus, Trotzismus, Stalinismus, Reformismus - hat die richtige Antwort? Und welches Programm braucht eine Partei heute, am Beginn des 21sten Jahrhunderts? Der Sonntag steht im Zeichen von Analysen zu Nationalismus

und Rassismus. Die FPÖ und mögliche Alternativen stehen ebenso zur Diskussion, wie die Entwicklung im Nahen Osten. Die Festung Europa als neue Bedrohung gegen die ArbeiterInnenbewegung und die Vorbereitung auf den nächsten EU-Gipfel in Brüssel stehen auch auf der Tagesordnung.

SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL

Ein Schwerpunkt wird sein, den Blick über die Grenzen zu werfen und gemeinsam mit GenossInnen aus anderen Ländern internationale Entwicklungen und Perspektiven zu diskutieren. Über 100 Jugendliche, ArbeitnehmerInnen, Frauen und ImmigrantInnen werden teilnehmen, in Arbeitskreisen und Podiumsdiskussionen wird für

jedeN Interessantes dabei sein. Dabei ist nicht notwendig alle "Klassiker des Marxismus" gelesen zu haben, um an den Diskussionen teilnehmen zu können. Die Palette reicht von einer "Einführungsdiskussion" in den Marxismus bis zu Debatten über "Klasse, Nation und Nationalismus". Die drei Tage Diskussion sind eingebettet in ein Rahmenprogramm von Filmen und lockeren Diskussionen am Abend und bei "Kaffe und Kuchen".

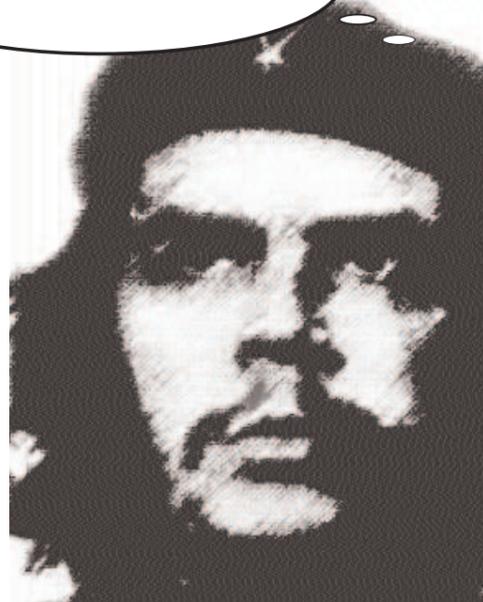
FIGHT BACK - SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL

26-28. Oktober 2001
Wien 7, Stiftgasse 8
Amerlinghaus

TeilnehmerInnenbeitrag pro Tag 40,-, für alle drei Tage 100,-

Anmeldung und Informationen unter:
01-524 63 10 oder slp@slp.at

Da muss ich hin...



SLP im Netz!

www.slp.at

Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschauen!



+ Hintergründe zu politischen Entwicklungen
+ Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
+ Links den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.